

Information gemäß Art. 13 und 14 DSGVO

## **Informationen zur Datenverarbeitung im Rahmen von Vergabeverfahren der Zukunft-Umwelt-Gesellschaft (ZUG) gGmbH**

Für die ZUG hat ein verantwortungsbewusster Umgang mit personenbezogenen Daten hohe Priorität. Personenbezogene Daten werden daher nur im notwendigen Umfang und in Übereinstimmung mit der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) verarbeitet.

Wir möchten, dass Sie wissen, welche Daten ZUG in Vergabeverfahren erhebt und zu welchem Zweck und auf welcher Grundlage sie diese verarbeitet. Mit den folgenden Informationen geben wir Ihnen daher einen Überblick über die Verarbeitung personenbezogener Daten und Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht.

### **1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich?**

Zukunft – Umwelt – Gesellschaft (ZUG) gGmbH  
Stresemannstr. 69-71  
10963 Berlin  
Telefon: 030 700 181 100  
Telefax: 030 700 181 950  
E-Mail: kontakt(at)z-u-g.org

### **2. Wie lauten Name und Anschrift des Datenschutzbeauftragten?**

Sofern Sie Fragen zur Datenverarbeitung bei der Zukunft – Umwelt – Gesellschaft (ZUG) gGmbH haben, ist unser Datenschutzbeauftragter wie folgt für Sie erreichbar:

Zukunft – Umwelt – Gesellschaft (ZUG) gGmbH  
Datenschutzbeauftragter  
Stresemannstr. 69-71  
10963 Berlin  
E-Mail: datenschutz(at)z-u-g.org

### **3. Zu welchem Zweck und auf welcher Rechtsgrundlage verarbeiten wir Ihre Daten?**

Die Verantwortliche verarbeitet personenbezogene Daten im Rahmen der Durchführung von Vergabeverfahren zum Zweck der Teilnahmeantragsprüfung, der Prüfung und Wertung von Angeboten, der Kommunikation mit Bewerbern/Bietern (z. B. Beantwortung von Bewerber-/Bieterfragen) und der Dokumentation/Archivierung sowie zu Statistikzwecken (Vergabestatistik). Die Verantwortliche verarbeitet die personen-

Information gemäß Art. 13 und 14 DSGVO

bezogenen Daten im Falle der Vergabe eines Auftrags zum Zwecke der Vertragsdurchführung einschließlich des Vertragsmanagements. Die Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung folgt zunächst aus Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. § 3 BDSG, da die Datenverarbeitung zur Erfüllung der durch den Bund auf ZUG übertragenen Aufgaben erforderlich ist und im öffentlichen Interesse liegt. Daneben erfolgt die Datenverarbeitung aufgrund gesetzlicher Vorgaben gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO, da ZUG als öffentlicher Auftraggeber rechtlichen Verpflichtungen unterliegt (z.B. GWB, Vergabeverordnungen, Wettbewerbsregistergesetz).

Hinweis: Als Bewerber bzw. Bieter sind Sie verpflichtet, die geforderten Angaben zu machen. Falls Sie diese Angaben nicht machen, kann Ihr Angebot/Teilnahmeantrag bzw. Interessensbestätigung/-bekundung nach den vergaberechtlichen Vorschriften vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten im Rahmen der Vertragsdurchführung erfolgt auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO. Die Archivierung erfolgt gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO in Verbindung mit Handelsgesetzbuch und weiteren Vorschriften, z.B. Abgabenordnung.

#### **4. Welche Daten nutzen wir?**

Verarbeitet werden je nach Leistungsgegenstand und Verfahren:

- Kontaktdaten der Mitarbeitenden des Bewerbers/Bieters und ggf. Unterauftragnehmers (z.B. Name, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse),
- Daten zur Beurteilung der Qualifikation und der Eignung des Bewerbers/Bieters und ggf. Unterauftragnehmers (z.B. Qualifikationsnachweise, Zeugnisse, Angaben zur Berufserfahrung, Referenzen über in der Vergangenheit ausgeführte vergleichbare Leistungen mit Angabe des Referenzgebers, des eingesetzten Personals und Leistungsvolumen),
- Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (Handelsregister, Wettbewerbsregister) zulässigerweise gewinnen, soweit diese für Entscheidungen im Rahmen der Vergabeverfahren erforderlich sind,
- im Falle einer Vergabe des Auftrags die für einen Vertragsschluss notwendigen Daten (z.B. Unterschriften oder Signaturen) und die für die Vertragsdurchführung erforderlichen Daten des beauftragten Auftragnehmers und ggf. Unterauftragnehmers

#### **5. Wer bekommt Ihre Daten?**

Außerhalb der ZUG können Angehörige des Bundesrechnungshofs Einblick in Ihre Daten bekommen. Daneben kommen ggf. externe rechtliche, fachliche und organisatorische Berater zur Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung des

Information gemäß Art. 13 und 14 DSGVO

Vergabeverfahrens (einschließlich der Angebotsbewertung und im Rahmen etwaiger Nachprüfungsverfahren) zum Einsatz. Die Dienstleister dürfen die personenbezogenen Daten ausschließlich im Auftrag der ZUG und nicht zu eigenen Zwecken verarbeiten und müssen die Daten vertraulich behandeln.

Nach § 6 Abs. 1 Wettbewerbsregistergesetz WRegG ist ab einem Auftragswert von 30.000 € ohne Umsatzsteuer über den für den Zuschlag vorgesehenen Bieter eine Auskunft bei der Registerbehörde einzuholen und sind dafür erforderlichen Daten zu übermitteln.

Weiterhin kann eine Weitergabe Ihrer Daten zur Erfüllung gesetzlicher Auskunftsansprüche oder im Zusammenhang mit einem Gerichtsverfahren notwendig sein.

#### Nur für EU-weite Verfahren:

Nach § 134 GWB werden die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Gemäß § 19 Abs. 2 Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A, Vergabebestimmungen im Anwendungsbereich der Richtlinie 2014/24/EU (VOB/A - EU) und § 62 Abs. 2 Vergabeverordnung (VgV) werden auf Verlangen den nichtberücksichtigten Bewerbern oder Bietern die Gründe für ihre Nichtberücksichtigung, den Bietern auch die Merkmale und Vorteile des Angebots des erfolgreichen Bieters sowie dessen Namen mitgeteilt.

Nach § 18 Abs. 3 VOB/A – EU und § 39 VgV ist spätestens 30 Tage nach Zuschlagserteilung eine Vergabebekanntmachung mit den Ergebnissen des Vergabeverfahrens an das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union zu übermitteln. Hierin wird der Name und Sitz des erfolgreichen Bieters veröffentlicht.

#### Nur für nationale Verfahren:

Gemäß § 19 Abs. 2 Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A) und § 46 Abs. 1 Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) werden auf Verlangen den nichtberücksichtigten Bewerbern oder Bietern die Gründe für ihre Nichtberücksichtigung, den Bietern auch die Merkmale und Vorteile des Angebots des erfolgreichen Bieters sowie dessen Namen mitgeteilt.

Information gemäß Art. 13 und 14 DSGVO

Nach § 20 Abs. 3 VOB/A werden im Rahmen der Informationspflicht über vergebene Aufträge bei Beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb ab 25.000 € ohne Umsatzsteuer und bei Freihändigen Vergaben ab 15.000 € ohne Umsatzsteuer der Name des Auftragnehmers auf dem Deutschen Vergabeportal, DTVP ([www.dtv.de](http://www.dtv.de)), übermittelt und für 6 Monate veröffentlicht.

Nach § 30 Abs. 1 UVgO werden im Rahmen der Informationspflicht über vergebene Aufträge bei Beschränkten Ausschreibungen und Verhandlungsvergaben ohne Teilnahmewettbewerb ab 25.000 € ohne Umsatzsteuer der Name des Auftragnehmers auf dem Deutschen Vergabeportal DTVP, [www.dtv.de](http://www.dtv.de), übermittelt und für 3 Monate veröffentlicht (bei natürlichen Personen mit Einwilligung).

ZUG verarbeitet die Daten ausschließlich innerhalb der Europäischen Union. Die Datenschutzhinweise zum Deutschen Vergabeportal (DTVP) und zum Wettbewerbsregister enthalten ggf. weitere Informationen.

## 6. *Wie lange speichern wir Ihre Daten?*

Ihre Daten müssen bis zum Ende der Laufzeit eines Vertrages oder einer Rahmenvereinbarung, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags, gespeichert werden (§ 8 Abs. 4 VgV, § 6 Abs. 2 UVgO, § 6 Abs. 3 Konzessionsvergabeverordnung, KonzVgV). Nach Ablauf dieser Speicherfrist werden die mit Ihrem Angebot eingereichten Unterlagen bei der Vergabestelle gelöscht.

Im Fall einer Vergabe des Auftrags müssen Ihre Daten aufgrund handels- und steuerrechtlicher Vorschriften bis zu 10 Jahre aufbewahrt werden.

Grundsätzlich gilt, dass eine Löschung durch den Verantwortlichen erfolgt, sobald die Daten nicht mehr erforderlich sind. Im Fall einer Vergabe des Auftrags können Ihre Daten aufgrund zivilrechtlicher Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre aufbewahrt werden (z.B. §§ 195 ff BGB)

## 7. *Welche Datenschutzrechte haben Sie?*

Alle Betroffenen haben folgende Rechte im Zusammenhang mit der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten:

- Recht auf Auskunft, Art. 15 DSGVO

Mit dem Recht auf Auskunft erhalten alle Betroffenen eine umfassende Einsicht in die sie angehenden Daten und einige andere wichtige Kriterien wie beispielsweise die Verarbeitungszwecke oder die Dauer der Speicherung. Es gelten die in § 34 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

Information gemäß Art. 13 und 14 DSGVO

- Recht auf Berichtigung, Art. 16 DSGVO

Das Recht auf Berichtigung beinhaltet die Möglichkeit für alle Betroffenen, unrichtige sie angehende personenbezogene Daten korrigieren zu lassen.

- Recht auf Löschung, Art. 17 DSGVO

Das Recht auf Löschung beinhaltet die Möglichkeit für alle Betroffenen, Daten beim Verantwortlichen löschen zu lassen. Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn die sie angehenden personenbezogenen Daten nicht mehr notwendig sind, rechtswidrig verarbeitet werden oder eine diesbezügliche Einwilligung widerrufen wurde. Es gelten die in § 35 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DSGVO

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung beinhaltet die Möglichkeit für alle Betroffenen, eine weitere Verarbeitung der sie angehenden personenbezogenen Daten vorerst zu verhindern. Eine Einschränkung tritt vor allem in der Prüfungsphase anderer Rechtswahrnehmungen durch alle Betroffenen ein.

- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung, Art. 21 DSGVO

Das Recht auf Widerspruch beinhaltet die Möglichkeit für alle Betroffenen, aus Gründen, die sich aus ihren besonderen Situationen ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten, die auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO (Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse) erfolgt, Widerspruch einzulegen. Das Recht gilt gemäß § 36 BDSG nicht, wenn eine öffentliche Stelle durch Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet ist.

- Beschwerderecht, Art. 77 DSGVO

Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei den Datenschutzaufsichtsbehörden. Die für die ZUG gGmbH zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW  
Kavalleriestraße 2-4  
40213 Düsseldorf  
E-Mail: [poststelle@ldi.nrw.de](mailto:poststelle@ldi.nrw.de)